

Wirtschaftswunder in den Anden

Die Kampagne der Erklärung von Bern gegen Rohstoffgiganten wie Glencore oder Xstrata baut auf überholten Vorurteilen auf. Multinationale Firmen haben im Kampf gegen die Armut mehr erreicht als jede Entwicklungshilfe. Das lässt sich am Beispiel Peru eindrücklich illustrieren. Von Alex Baur

Heute zeigen sich die Anden von ihrer bukolischen Seite. Lamas und Alpacas grasen friedlich in der milden Morgensonne. Buntgekleidete Indio-Frauen treiben die Tiere von der Pampa in Gehege, wo Männer mit breitrandigen Hüten sie nach Geschlecht und Rasse in Gruppen aufteilen. Professor Danilo Pezo von der Universidad Nacional del Cusco gibt Anweisungen, mal auf Spanisch, mal in der kehligen Sprache der Ketschua. Er soll die Bauern von Las Bambas, einem Weiler im Süden Perus, in der Kunst der Zucht unterrichten.

Damit die Alpacas gute Wolle produzieren, müssen die richtigen Weibchen mit den richtigen Männchen gekreuzt werden. Das ist hartes Handwerk. Erfolglos versuchten Schweizer Veterinäre in den 1980er Jahren, den peruianischen Bauern die künstliche Befruchtung beizubringen. Die althergebrachte Methode hat sich gehalten: Man bringt zusammen, was sich paaren soll, und hilft den Tieren mit einem gezielten Griff zwischen die Hinterbeine nach. Zucht tut allerdings not. Eine Agrarreform nach sowjetischem Vorbild hat in Peru in den 1970er Jahren nicht nur die traditionellen Strukturen nachhaltig zerstört, sondern auch viel Know-how. Galt Alpaca einst als edle Wollfaser, kennt man sie heute vor allem aus dem Sortiment der Dritte-Welt-Läden: handgestrickte Pullover, die kratzen und sich bei der Wäsche auflösen. Dank den Zuchtprogrammen ist die Qualität wieder besser. Jetzt müsste nur noch der Markt mitspielen. Doch die Weltmarktpreise für Alpaca-Wolle sind im Keller.

Die Polemik der «Drittweltisten»

Wolle gehört zu den wenigen gewinnbringenden Produkten in der kargen Natur im Hochland der Anden. In den Höhenlagen um 4000 Meter fallen die Temperaturen nachts oft unter den Gefrierpunkt, magere Böden und dürftige Niederschläge lassen keine intensive Landwirtschaft zu. Das sogenannte Andentrapez zwischen Ayacucho, Cusco und Puno galt deshalb lange als Armenhaus Perus und Peru als Armenhaus von Südamerika.

Das hat sich in jüngerer Zeit dramatisch ge-

ändert. Nach drei Jahrzehnten der Stagnation und der Rezession weist Peru seit der Jahrtausendwende jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich 7,6 Prozent auf. Und das hat vor allem einen Grund: der Boom im Bergbau. Rohstoffe machen rund 85 Prozent der Exporte dieses Landes aus, drei Viertel davon steuert der Bergbau bei. Die wichtigsten Minen wiederum befinden sich in den Anden.

Bis zum August 2010 war Las Bambas ein vergessenes Nest unter vielen, weitab von der Zivilisation. Das änderte schlagartig, als Xstrata, eines der weltweit grössten Bergbauunternehmen mit Hauptsitz in Zug, die Absicht bekundete, hier 4,2 Milliarden Dollar in eine neue Kupfermine zu investieren. Im letzten März gab die peruanische Regierung grünes Licht. Im Stillen wurde allerdings bereits seit gut fünf Jahren intensiv am Megaprojekt gearbeitet. Denn Umweltverträglichkeitsprüfungen und Massnahmen zum Ausgleich sozialer Auswirkungen sind bei derartigen Unterfangen auch in Peru längst Standard. Die Zustimmung der betroffenen Indio-Gemeinden war Voraussetzung.

Wie die Alpaca-Bauern von Las Bambas über die Mine denken, ist schwer zu ergründen. Jahrhunderte der Fremdherrschaft, die, lange vor der spanischen Conquista, bereits unter der Tyrannei der Inkas begann, haben sie vorsichtig und misstrauisch gemacht. Die Arbeitsplätze im Bergbau seien willkommen, sagen die einen. Andere befürchten, dass mit dem vielen Geld die Preise steigen werden. Wirklich festlegen will sich aber keiner.

Das Geschäft mit der Armut

Umso gesprächiger sind die Vertreter von Hilfswerken, den sogenannten NGOs, welche das Alpaca-Zuchtprogramm von Las Bambas finanzieren. Die Xstrata ist für sie des Teufels. Es sind die bekannten Einwände jener Kreise, die man in Peru etwas ironisch *tercermundistas* (Drittweltisten) nennt. Das grosse Geld aus den Minen würde die Indios korrumpieren, sagen sie, Alkoholismus und Prostitution in ihre heile Welt bringen. Doch für die multinationalen Gesellschaften seien diese Gelder

nicht mehr als lächerliche Brosamen. In Wahrheit würden sie den Reichtum der Anden plündern und die Gewinne in den reichen Norden transferieren. Und wenn der Boden ausgelaugt sei, würden sie weiterziehen. Giftige Abfallberge und verseuchte Flüsse seien das Einzige, was den armen Bauern am Schluss noch bleibe.

Alejandro Marrón, mein Begleiter, verzieht keine Miene, hört gleichmütig zu. Ich weiss, dass er mit keinem Wort einverstanden ist. Alejandro wuchs in dieser Gegend auf. Der Bergbau hat ihn zu einem wohlhabenden Mann gemacht, er hofft, auch mit der Mine von Las Bambas ins Geschäft zu kommen. «Es su negocio de ellos», sagt er später, fast entschuldigend, als wir mit seinem Pick-up in Richtung Tintaya brausen: «Es ist halt ihr Geschäft.» Die Hilfswerke würden die Armut vermarkten, meint Alejandro trocken, so, als wäre es das Normalste der Welt. Die NGOs hätten darum kein Interesse, dass es den Menschen besser gehe. Schliesslich würden sie sich damit ihren eigenen Markt zerstören.

Verhindern Hilfswerke – ob bewusst oder fahrlässig unbedarft – den Wohlstand in den Entwicklungsländern? In Peru denken viele so. Die NGO-Szene hat hier keinen guten Ruf. Zu viele Projekte hat man gesehen, die mit grossem Trara angekündigt und bald wieder still beerdigt wurden. Profitiert haben unter dem Strich vor allem die vermeintlichen Helfer selber, die in aller Regel nach ein paar Jahren so unvermittelt wieder von der Bildfläche verschwanden, wie sie aufgetaucht waren.

Alejandro Marrón stammt aus ärmlichen Verhältnissen. Dank einem Stipendium studierte er Soziologie in Puno und in Arequipa. Marxismus gehörte damals, in den 1970er Jahren, als Peru von einer sozialistischen Militärdiktatur regiert wurde, zu den Grundfächern an der Universität. Alejandro war ein *lider* der Studentenbewegung, in der sich Maoisten und Moskautreue gegenseitig bekämpften. Andere Bewegungen gab es nicht. Die Beziehungen

Selbst Lehmhütten sind ans Stromnetz angeschlossen, es gibt sogar Kläranlagen.

aus der kommunistischen Studentenschaft führten den Soziologen direkt in die NGO-Szene. Es war der vorgezeichnete Weg.

Als wir uns vor zwei Jahrzehnten kennenlernten, arbeitete Alejandro Marrón bei Pampa II, einem Entwicklungsprojekt der EU. Es waren üble Zeiten. In den Anden wütete der Leuchtende Pfad, eine maoistische Guerilla. Nur dank seinen Verbindungen aus der Studienzeit konnte sich Alejandro überhaupt aufs Land hinaus wagen. Er wusste stets, welche Dörfer man meiden musste. Seine Connections waren nicht nur für Pampa II unbezahlbar. Er begleitete damals auch mich auf eine Reportage durch eine trostlose Gegend, die von Terror und von unsäglichem Armut geprägt war.

Pampa II wurde längst eingestellt. Von den Projekten ist lediglich eine Bewässerungsanlage in Ñuñoa erhalten geblieben, die vom Staat fertig gestellt wurde. Gleichwohl hat die Gegend eine gewaltige Entwicklung erlebt. Viele Strassen sind heute geteert. Wo früher Esel und Lamas Lasten buckelten, zirkulieren heute Motorfahrzeuge aller Art. Selbst einfache Lehmhütten sind ans Stromnetz angeschlossen. Schulen, Gesundheitszentren und Mehrzweckgebäude sind auch in abgelegenen Dörfern eine Selbstverständlichkeit, in Putina finden wir sogar eine Kläranlage. Fragt man, wer das finanziert hat, bekommt man immer dieselbe Antwort: «El Canon Minero» (der Fonds der Minen zur Förderung der lokalen und regionalen Infrastruktur).

Das Wirtschaftswunder in den peruanischen Anden hat auch mit den hohen Rohstoffpreisen zu tun. Aber nicht nur. Dank der anhaltend hohen Nachfrage in Asien sind die Preise für Kupfer, Silber, Gold, Blei und Zink um bis zu 400 Prozent gestiegen. Natürlich gibt es keine Garantie, dass dies so bleiben wird. Allerdings haben die internationalen Bergbaugiganten Investitionen in Milliardenhöhe getätigt, die sie mit langfristigen Lieferverträgen abgesichert haben und die sie bei einer Baisse nicht ohne weiteres abschreiben werden. Die Infrastruktur, die zur Erschliessung der Minen gebaut wurde, kommt zudem auch anderen Wirtschaftszweigen zugute, welche sich im Windschatten des Rohstoffbooms entfaltet haben.

Weniger Staatsschulden als die Schweiz

Allein für die nächsten fünf Jahre rechnet die peruanische Regierung mit Neuinvestitionen von 51,5 Milliarden Dollar im Bergbau. Das sind gewaltige Beträge. Vor allem wenn man be-

denkt, dass gemäss einer Studie der «Sociedad Nacional de Minería»* jeder investierte Dollar innerhalb von zehn Jahren 32 Cents Steuereinnahmen für den Staat generiert. Die Untersuchung straft NGOs wie die Erklärung von Bern (vgl. Kasten, Seite 45) Lügen, die unentwegt behaupten, der Rohstoffhandel käme nur den reichen Ländern zugute. Das Gegenteil ist richtig: Rund ein Drittel aller Fiskaleinnahmen des peruanischen Staates stammen direkt aus dem Bergbau, obwohl dieser bloss acht Prozent des Bruttosozialproduktes ausmacht. Noch wichtiger sind allerdings Hunderttausende von relativ gut bezahlten und qualifizierten Arbeitsplätzen, welche die Wirtschaft in Schwung halten.

Anfang der 1990er Jahre war der peruanische Staat faktisch bankrott. Der Not gehorchend, stellte die Regierung Zehntausende von Beamten auf die Strasse, entrümpelte die wuchernde Bürokratie, privatisierte sämtliche staatlichen Unternehmen und öffnete die Grenzen. Allen Unkenrufen zum Trotz führte die radikale Liberalisierung weder zur Verelendung noch zu Volksaufständen. Vielmehr bescherte die Öffnung Peru, ähnlich wie den Nachbarländern Kolumbien und Chile, nach einer mehrjährigen Durststrecke ein anhaltendes Wachstum.

Gemessen am Bruttosozialprodukt ist die Staatsverschuldung Perus (19 Prozent) heute etwa halb so hoch wie jene der Schweiz. Und im Gegensatz zu vielen EU-Ländern würde Peru den Euro-Stabilitätspakt spielend erfüllen. Der liberalisierte Markt und der gesunde Staatshaushalt lockten neue Investoren ins Land. Die tiefe Inflation und das Wachstum kamen vor allem der Unterschicht zugute. Während ein Teil der Oligarchie, die stets auf Monopole gesetzt hatte, dem Druck des Wettbewerbs wich, drängte aus der Unterschicht eine neue Gilde von erfolgshungrigen und risikofreudigen Unternehmern nach oben.

Alejandro Marrón gehört zu jenen, welche die Chancen der Liberalisierung nutzten. Mit einer gewagten Spekulation auf dem Kartoffelmarkt beschaffte er sich nach dem Ende von Pampa II ein Startkapital, mit dem er einen alten Lastwagen aus Holland importierte. Zusammen mit seiner Frau Hely, einer Volksschullehrerin, die ebenfalls aus einfachsten Verhältnissen stammt, gründete er eine Transportfirma, welche in Spitzenzeiten über ein Dutzend schwere Sattelschlepper verfügte.

Wie üblich in den Anden kontrolliert die Frau die Finanz- und Bankgeschäfte, während er eher fürs Technische zuständig ist.

Zu Marróns Kunden gehört neben anderen la Tintaya, eine Mine der Firma Xstrata. Der Weltkonzern ist auf lokale Unternehmer angewiesen, die mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut sind. Auf 4100 Meter über Meer werden in la Tintaya im Tagbau jährlich 50 000 Tonnen Kupferkonzentrat und 28 000 Unzen Gold abgebaut. Alejandro hat hier einen Kipper im Einsatz, der bei der Renaturierung der ausgebeuteten Gruben zum Einsatz kommt. Kürzlich hat Xstrata das Ausbauprojekt Antapaccay lanciert, das Neuinvestitionen im Umfang von 1,47 Milliarden Dollar vorsieht.

La Tintaya beschäftigt direkt 1930 Mitarbeiter, von denen viele mit ihren Familien in relativ modernen werkseigenen Siedlungen leben. Indirekt dürfte die Mine gemäss Hochrechnungen 30 000 Familien in der Region ernähren. Neben den ordentlichen Steuern bezahlt Xstrata freiwillig jährlich rund 10 Millionen Dollar (3 Prozent des Umsatzes) in einen Fonds ein, mit dem Umwelt- und Infrastrukturprojekte in der Region gefördert werden.

La Tintaya hinterlässt den Eindruck eines Musterbetriebs. Von aussen zumindest. In der Mine herrscht eine fast militärische Disziplin. Arbeiter mit makellosen Overalls und blank polierten Helmen manövrieren moderne Maschinen. Unregelmässigkeiten, so versichert mir Alejandro, würden hier nicht toleriert. Überprüfen kann ich es nicht. Weder Glencore, der andere Rohstoffgigant aus Zug, der in Peru ebenfalls Minen betreibt, noch Xstrata haben mir Zugang gewährt. Man habe, so wurde angedeutet, schlechte Erfahrungen mit Journalisten gemacht und setze auf *low profile*.

Im nahegelegenen Städtchen Espinar ist der relative Wohlstand mit Händen zu greifen. Ausser dem kolonialen Kirchlein erinnert wenig an die kleine, gottverlassene Siedlung, die noch vor wenigen Jahrzehnten während der Regenzeit im eigenen Schlamm zu versinken schien. Die Strassen sind längst gepflastert, Ampeln (mit LED-Stromsparleuchten) regeln den Verkehr, es gibt diverse Schulen, ein Spital, ein auf den Bergbau spezialisiertes Technikum und sogar einen Flugplatz. Ohne das Geld aus der Mine könnten die Menschen in Espinar von solchen Dingen nur träumen.

Beschaulich ist der Anblick von Espinar freilich nicht. Touristen ist das schnell gewachsene Städtchen mit dem Charme einer Baustelle kaum zu empfehlen. Ihre bunten Trachten holen die Indios hier nur noch zu festlichen Anlässen aus dem Kleiderschrank. Aus den Diskotheken schallt derselbe Techno-Sound, der auch an der Zürcher Street Parade zu hören ist.

Zivilisationsmüde Europäer mögen das bedauern. Sie haben das triste Gesicht der Armut nicht am eigenen Leib erfahren. Vor wenigen Jahren bedeutete in dieser Gegend eine simple Blinddarmentzündung für viele Menschen den sicheren Tod. Jedes fünfte Neugeborene erreichte den ersten Geburtstag nicht. Ebenso hoch war die Sterblichkeit der Gebärenden, die in der Regel eine Schar von Waisenkindern hinterliessen. Und wer glaubt, Armut würde vor Gewalt und Alkoholismus schützen, der täuscht sich gewaltig.

Ganz so selbstlos, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, sind die sozialen Programme der Minen allerdings nicht. Die erwähnte Untersuchung der Sociedad Nacional de Minería hat auch gezeigt, dass der soziale Frieden noch vor der politischen Stabilität und weit vor den Steuern von den internationalen Firmen als wichtigster Standortfaktor eingestuft wird. Doch gerade in diesem Punkt hapert es. Das schnelle Wachstum der letzten Jahre hat zu Verteilungskämpfen geführt. Und wo Gewinner sind, da gibt es naturgemäss auch Verlierer.

Unheilige Allianz von NGOs und Mafia

Unter der Führung einer kleinen, aber international hervorragend vernetzten Allianz von Hilfswerken, Kirchenvertretern und linken Politikern ist eine schlagkräftige Bewegung entstanden, die den Bergbau prinzipiell ablehnt und bekämpft. Vor allem in den ärmsten Gegenden gelingt es den *antiminceros* immer wieder, Bauern zu mobilisieren und neue Projekte im Namen des Umweltschutzes und des Klassenkampfes zu blockieren.

Hinter den Kulissen dürften gemäss Pedro Ramirez, dem Präsidenten der Sociedad Nacional de Minería, ungleich mächtigere Akteure mit die Fäden ziehen. Neben den Drogenbaronen – Peru ist mit Kolumbien der weltweit grösste Produzent von Kokain – haben vor al-

lem auch jene Gruppen kein Interesse an einem geordneten Wachstum, die im illegalen Bergbau tätig sind. Die unkontrollierten Minen erzielen gemäss Ramirez jährlich rund eine Milliarde Dollar Umsatz. Die Schattenwirtschaft mit ihren mafiösen Strukturen ist in Peru ein wichtiger Player und hat die Politik längst unterwandert.

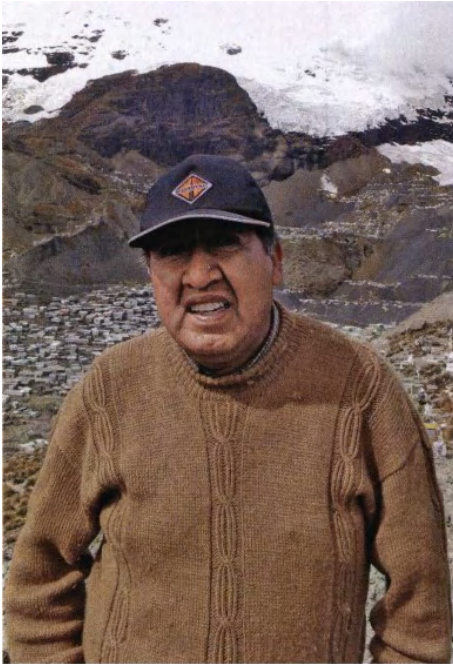
Wie wenig der Protest gegen die internationalen Bergbaugesellschaften mit Umweltschutz zu tun hat, illustriert der letzte Teil unserer Reise. Sie führt uns nach La Rinconada. Am Fuss des Ananea-Gletschers hausen hier auf rund 5500 Meter über Meer angeblich 40000 Menschen zwischen Müllhaufen in klapprigen Wellblechhütten, die weder über Strom noch über Wasser verfügen. Wie viele es genau sind, weiss niemand. Denn La Rinconada (deutsch: «der Ort») existiert offiziell gar nicht. Es gibt nur einen Grund, der sie in diese unwirtliche Gegend getrieben hat: Gold.

In La Rinconada gilt das Faustrecht. Wenn einer stirbt, was in den improvisierten Stollen öfters mal vorkommt, stellt niemand einen Totenschein aus. Hier gibt es keine Arbeiterrechte, keine Schutzbestimmungen, keine Sozialversicherungen und keine Gesetze. Zumindest keine schriftlichen. Zweifellos gibt es mächtigere und weniger mächtige Akteure. Doch wer hier das Sagen hat, bleibt dem Fremden verschlossen. Es gilt das Gesetz der *omertà*. In La Rinconada ist so ziemlich alles illegal.

Nicht alle treibt die Armut nach La Rinconada. Dutzende von Pneucladern, Baggern und Lastwagen, die im unteren Teil des Gletschervorfeldes zum Einsatz kommen, zeugen von potenten Investoren. Um die Umweltverträglichkeitsprüfung scheren sie sich so wenig wie um die Steuern. Anders als die internationalen Unternehmen geben sie auch kein Geld für den Rückbau der Schutthalden aus. Man rechnet, dass sie pro Kilo Gold ein Kilo Quecksilber hinterlassen und ganze Flüsse vergiften.

La Rinconada ist kein Einzelfall. Illegale Mineure treiben in ganz Peru ihr Unwesen. Erstaunlicherweise hat bislang noch keine NGO zum Proteststurm gegen sie aufgerufen.

* **La tributación minera en el Perú.** Studie der Sociedad Nacional de Minería. www.snmpe.org.pe/portal/contenido/203/la-tributacion-minera-en-el-peru/id.203



«Es ist halt ihr Geschäft»: Alejandro Marrón.



Abfallberge neben dem Friedhof: In La Rinconada ist so ziemlich alles illegal.

Entwicklungshilfe

«Einfach ungerecht»

Die Erklärung von Bern mobilisiert gegen die Rohstoffhändler. Was sie verbrochen haben sollen, bleibt nebulös. *Von Alex Baur*

Das Buch «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz»* liest sich wie eine Anklageschrift. Es ist eine Anklage gegen Superreiche, die so reich sind, weil jene, die sie ausbeuten, so arm sind. Gezeichnet ist das 400 Seiten mächtige Werk von der Herausgeberin, der Erklärung von Bern (EvB), einer Organisation, die 1968 von linken und kirchlichen Kreisen gegründet wurde, von 19 000 Mitgliedern getragen wird und gemäss Angaben des «Historischen Lexikons der Schweiz» die eidgenössische Entwicklungspolitik massgeblich mitgeprägt hat. Man muss sie also ernst nehmen.

Hauptsache, man tut etwas dagegen

Vorweg zu den Fakten. In der Schweiz haben sich, vor allem am Genfersee und im steuergünstigen Kanton Zug, in den letzten Jahren zahlreiche Rohstoffhändler angesiedelt. Insgesamt setzen sie Waren im Wert von 480 Milliarden Franken um, die

physisch allerdings kaum je in die Schweiz gelangen (mit Ausnahme des Goldes). Der Rohstoffhandel ist für die Schweiz heute wirtschaftlich so wichtig wie die Maschinenindustrie, beschäftigt aber zehnmal weniger Angestellte und erzeugt mithin eine sehr hohe Wertschöpfung.

Ist das nun gut? Oder schlecht? So direkt beantwortet die EvB derart direkte Fragen nicht. Es ist der Ton – Anspielungen, Adjektive und Titelgebung –, der die Musik macht. Der bolivianische Neosozialist Evo Morales kämpft für «faire» Preise, die von der «Pest der Privatisierung» bedroht werden; die unbelegte Behauptung, wonach Multis ihre saftigen Gewinne illegal in «Steuerparadiese» transferieren, mutiert auf wundersame Weise zur «unangenehmen Tatsache», die Börse wird zum «Casino», das Geschäft zur «Spekulation».

Wenn sich eine Firma wegen Steuererhöhungen aus einem Land zurückzieht,

ist das gemäss EvB ein erpresserischer «Investitionsboykott». Dass Gold «eine nicht unwesentliche Rolle bei der Geldwäscherei» spielt, wird als bekannt vorausgesetzt; wir erfahren zwar nicht, wie das funktioniert, aber man muss etwas dagegen tun. Und dass Multis wie Glencore oder Xstrata nicht auf ehrlich Art und Weise ihre Milliarden gescheffelt haben, versteht sich irgendwie von selbst.

Kurzum: «Die krasse Diskrepanz zwischen den Ländern mit Bodenschätzen und dem Reichtum einiger Schweizer Firmen» ist «einfach ungerecht».

Unter dem Strich bleibt nichts, was man nicht schon gewusst hätte – oder zu wissen glaubte. Im Kern ist es die wohlfeile Formel, mit der Hilfswerke seit Jahrzehnten das Gewissen ihrer Spender bearbeiten: Die Armen sind so arm, weil wir so reich sind. Diese Gleichung ist auch heute noch so falsch, wie sie es schon immer war.

In der Praxis hat der Rohstoffboom vielen Entwicklungsländern zu einem nachhaltigen Wachstum verholfen. Andenländer wie Peru, Kolumbien oder Chile konnten dank der Liberalisierung und den überproportional hohen Steuereinnahmen aus dem Bergbau, der für sie von vitaler Bedeutung ist, die Armutsquote massiv senken und ihre Staatskassen sanieren (siehe Haupttext). Ihren Nachbarn Bolivien oder Venezuela,

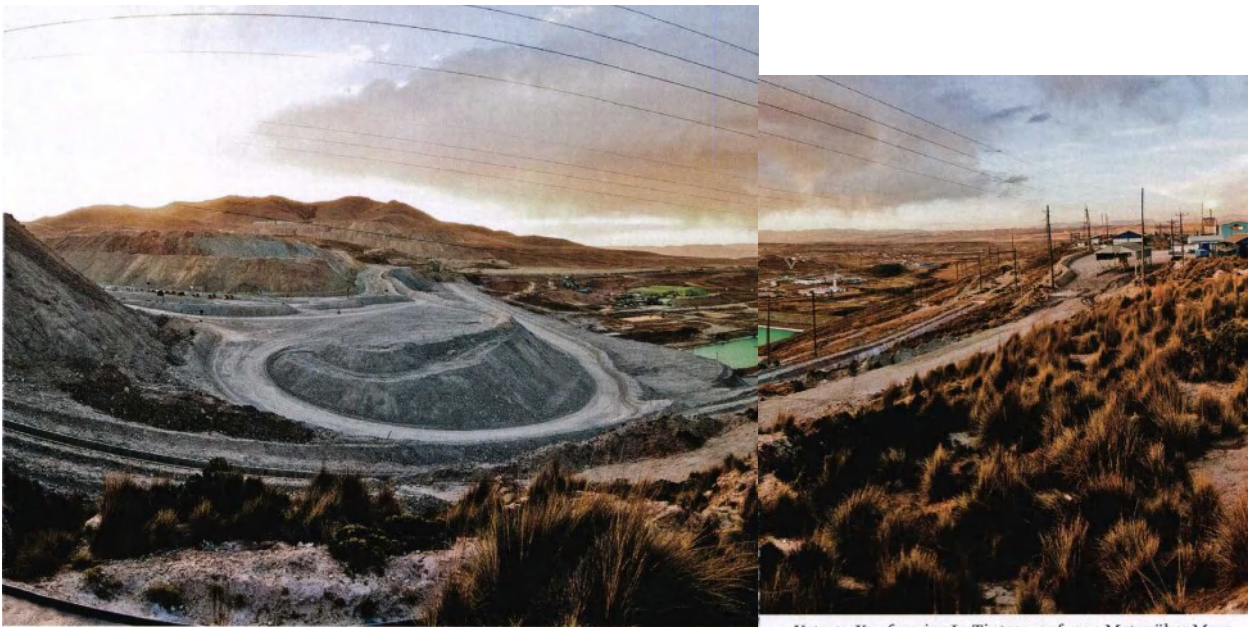
die unter ähnlichen Bedingungen nach den Rezepten der EvB wirtschaften, erging es weit weniger gut.

Man kann es auch so sehen: Was die Entwicklungshilfe nie geschafft hat, haben Multis innerhalb weniger Jahre erreicht. Und dabei haben sie erst noch gut verdient. Ist das unmoralisch?

* **Erklärung von Bern:** Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Salis. Fr. 37.90



Anklage gegen Superreiche: Buch der EvB.



Rund ein Drittel aller Fiskaleinnahmen des peruanischen Staates stammen direkt aus dem Bergbau:

Xstrata-Kupfermine La Tintaya, auf 4100 Meter über Meer.